Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2015-02-26

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter/in: SPD-Fraktion
Telefon: (03 85) 5 45 29 62

**Antrag
Drucksache Nr.**

00281/2015

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Kostenübernahme Schülerbeförderung in Schwerin

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Einbeziehung des Bildungsministeriums bis zur Sitzung der Stadtvertretung am 27.4.2015 eine Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die allgemeinbildenden Schulen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Schwerin zu erstellen, um eine Kostenübernahme der Schülerbeförderung durch das Land Mecklenburg- Vorpommern in der kreisfreien Stadt Schwerin zu ermöglichen.
Mit der Zielstellung der Schaffung einer Grundlage zur Regelung der Schülerbeförderung, sowie der Aufrechterhaltung der bestehenden und umfänglich gewährten Schulwahlfreiheit der Stadt Schwerin, sollen alle davon betroffenen Schulen in Trägerschaft der Stadt Schwerin gleichermaßen zu örtlich zuständigen Schulen erklärt werden.

Begründung

Die Notwendigkeit der Erstellung und Beschlussfassung einer Satzung über die Festlegung von Schuleinzugsbereichen für die Schulen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Schwerin ergibt sich aus dem Bestreben der Landesregierung, eine Änderung des Schulgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (SchulG M-V) hinsichtlich des § 113 "Schülerbeförderung", der aktuellen Fassung des SchulG M-V, auch für die kreisfreien Städte herbeizuführen. Das aktuelle Schulgesetz beschränkt die Erstattung der Kosten der Schülerbeförderung im Wesentlichen nur auf die Landkreise. Diese Ungleichbehandlung soll mit dem eingebrachten Gesetzentwurf aufgehoben werden. Die beabsichtigte Änderung des § 113 SchulG M-V macht analog zu den Landkreisen den Erlass einer Satzung für die Stadt Schwerin gemäß § 46, Abs. 2, SchulG M-V notwendig. Dies ist notwendig, um die Entfernung zwischen Wohnort der Schülerin/des Schülers und der örtlich zuständigen Schule zu ermitteln.

Mit der genannten Zielstellung im Beschlussvorschlag, der Bestandteil der Satzung werden soll, bleiben restriktive Schülerzuweisungen an nicht mehr frei wählbare Schulstandorte im Bereich der kommunal getragenen Schulen der Stadt Schwerin aus.
Es bleibt also bei der Aufrechterhaltung der Schulwahlfreiheit innerhalb aller Schulformen.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Daniel Meslien
Fraktionsvorsitzender